

Wirtschaft

SPD setzt ganz auf Passivhäuser Pflicht ab 2020 gefordert

BERLIN. Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise will die SPD Passivhäuser mittelfristig zur Pflicht machen und die Nutzung erneuerbarer Energien bei der Gewinnung von Heizwärme ausbauen. "Wir brauchen scharfe Verbrauchsstandards, um Energie zu sparen und so die Abhängigkeit vom Öl zu verringern", sagte der stellvertretende SPD-Fraktionschef im Bundestag, Ulrich Kelber, der Berliner Zeitung. So müsse die Passivbauweise ab dem Jahr 2020 zur Pflicht bei Neubauten werden. Sogenannte Passivhäuser sind so gut isoliert, dass kaum Energie nach außen weichen kann. Dadurch reicht oftmals die Abwärme von Geräten oder auch die Atmung der im Gebäude lebenden Menschen aus, um die nötige Wärme bereitzustellen.

Um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern kurzfristig zu senken, wollen die Sozialdemokraten außerdem das von der großen Koalition geplante Wärmegesetz verschärfen. Dieses sieht für Neubauten eine Nutzungspflicht für erneuerbare Energieträger etwa aus Sonne, Winder oder Wasser vor. Kelber schlägt nun vor, diese Pflicht auch auf ältere Gebäude aus dem Bestand auszudehnen. Dagegen wehrt sich bislang allerdings der Koalitionspartner von der Union. "Ich fordere die Union auf, ihren Widerstand dagegen aufzugeben. Sonst versündigt sie sich langfristig an den Verbrauchern", betonte Kelber. (jöm.)

Berliner Zeitung, 05.01.2008

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)